

Antrag

des Abgeordneten Dr. Erik Schweickert und Dr. Christian Jung u. a. FDP/DVP

Zukunft für Innenstadt und Einzelhandel V: Erreichbarkeit von Dorf- und Stadtzentren

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. was die Landesregierung unter „Verkehrswende“ im Zusammenhang mit dem Aspekt Erreichbarkeit der Dorf- und Stadtzentren genau versteht;
2. welche Informationen ihr vorliegen, was der Einzugsbereich für Innenstadteinrichtungen im Bereich Einzelhandel (hier insb. auch im Non-Food-Bereich/Non-Supermarkt-Bereich), Kultur und Gastronomie in den Ober- und Mittelzentren in Baden-Württemberg ist;
3. welche Bedeutung sie der bequemen und leichten Erreichbarkeit von innerstädtischen Geschäften und weiteren Einrichtungen (Kultur, Gastronomie, Freizeiteinrichtungen, etc.) als Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg dieser Einrichtungen beimisst;
4. welche Rolle sie dabei dem motorisierten Individualverkehr zumisst;
5. inwiefern sie die Meinung teilt, dass städtische und dörfliche Verkehrsplanung hoch-individuelle Probleme sind, zu welchen es keine Musterlösungen gibt und welche am besten vor Ort entschieden werden müssen und als Konsequenz am besten durch die Kommunen ausgeführt werden;
6. wieso die Förderprogramme des Landes nicht nach dem Prinzip der kommunalen Entscheidung (vgl. Frage 5) ausgerichtet sind, sondern bereits klare Zielorientierungen erhalten;
7. inwiefern sie gedenkt, mögliche wirtschaftliche Einbußen des Einzelhandels und weiterer Innenstadtakteure durch Einschränkungen der Erreichbarkeit aufgrund politischer Maßnahmen (bspw. Fahrverbote, Parkraumbewirtschaftung, etc.), zu kompensieren, bspw. durch alternative Förderungen, sonstige Erleichterungen oder direkte Subventionen, wie dies beispielsweise in Kopenhagen der Fall ist, wo eine autofreie Innenstadt durch verkaufsoffene Sonntage ausgeglichen wird („Kopenhagen-Modell“);
8. welche Rolle sie der Sequentialität von verkehrspolitischen Maßnahmen zumisst, d.h. dass erst notwendige Maßnahmen geschaffen werden (bspw. Steigerung von Attraktivität und Verlässlichkeit des ÖPNV) bevor weitere verkehrspolitische Maßnahmen ergriffen werden (bspw. Abschaffung von Parkraum, Verkehrsberuhigung/-stilllegung) oder angemessene Übergangszeiträume geschaffen werden;
9. was genau sie meint mit „Unser Leitbild ist die Stadt der kurzen Wege. Wir wollen lebendige Innenstädte und Ortskerne, in denen der lokale Handel attraktive Bedingungen findet.“ (Koalitionsvertrag S. 130);
10. bis wann sie wie viele Null-Emissions-Zonen in Baden-Württemberg errichten möchte, wie es als Ziel im Koalitionsvertrag formuliert ist (S. 130);
11. wie das Ziel von „verkehrsberuhigte Ortsmitten in Gemeinden, Städten, Stadtteilen und Teilorten“ (Seite 130 des Koalitionsvertrags) vereinbar ist mit der Pflicht zur Schaffung von Stellplätzen beim Bau von Immobilien nach Landesbauordnung;
12. inwiefern sie einen Widerspruch zu Stadt- und Dorfzentren mit hoher Aufenthaltsqualität und einer (individuell-automobilen) Erreichbarkeit sieht;
13. welches Potential sie in digitalen Parkmanagementsystemen (Parkleitsysteme, Online-Anzeige freier Parkplätze, situative Verkehrslenkung, etc.) als Methode zur schnelleren Parkplatzsuche und damit Verringerung von Parksuchverkehr und besseren Nutzung der bestehenden Parkräume sieht;

Begründung:

Der Einzelhandel und die Innenstädte in Baden-Württemberg stehen vor enormen Herausforderungen: Die Konkurrenz mit dem Online-Handel, Geschäftsterben und Leerstand, Digitalisierung und geändertes Kunden- bzw. Bürgerverhalten oder neue und andere Nutzungsarten sind nur einige der aktuellen Problemstellungen. Die Coronapandemie und insbesondere die aufgrund der Pandemie verhängten Lockdowns wirkten hier noch einmal wie ein Beschleuniger des Wandels und Verstärker der Herausforderungen.

Eine Herausforderung, die in diesem Zusammenhang durch Innenstadttakteure wie Einzelhandel, Gastronomie und Kultur immer wieder thematisiert wird, ist eine unproblematische Erreichbarkeit der Dort- und Stadtzentren, sehr häufig auch durch individuelle, auto-gestützte Mobilität. Der Antrag erkundigt sich daher nach der Perspektive der Landesregierung auf diese Frage sowie den Stand der Umsetzung von Aktivitäten aus dem Koalitionsvertrag.